



Gewerkschaft des Verkehrspersonals
Syndicat du personnel des transports
Sindacato del personale dei trasporti

Zentralsekretariat
Kommunikation
Steinerstrasse 35
Postfach 1008
3000 Bern 6
Mobile +41 79 357 99 66
media@sev-online.ch
www.sev-online.ch

SGB-Lohn-Medienkonferenz vom 7. Juli 2023 in Bern

Lohnrunde 2023/24 im öffentlichen Verkehr

Der soziale Frieden hat seinen Preis

Christian Fankhauser, Vizepräsident SEV

Im öffentlichen Verkehr sieht die Situation nicht wesentlich anders aus als in anderen Branchen. Zwar verhandeln wir in der Regel nicht mit privaten Unternehmen, sondern mit öffentlichen «Service public» Betrieben. Doch das macht es nicht unbedingt einfacher.

Letzten Herbst konnten wir bei den meisten Branchen eine Lohnerhöhung herausholen, jedoch nicht immer den vollen Teuerungsausgleich. In einem Fall mussten wir gar streiken. Bei den Genfer Verkehrsbetrieben TPG brauchte es eine Arbeitsniederlegung von anderthalb Tagen, um den Teuerungsausgleich herauszuholen. Dieses Jahr dürfte es noch schwieriger werden.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter will die Leistungen für den regionalen Personenverkehr um 7,8 Prozent oder 92 Millionen Franken kürzen. Dies ist ein schwerwiegender strategischer Fehler, denn die Last auf die Kantone abzuwälzen, kann zu einem möglichen Leistungsabbau und damit zu einer Verschlechterung des Angebots an Service public Dienstleistungen führen.

Diese vom Bundesrat geplanten Sparmassnahmen im öffentlichen Verkehr sind inakzeptabel und rein ideologisch. Die Unternehmen werden versuchen, auf dem Rücken der Arbeitnehmenden zu sparen, obwohl sie einen akuten Personalmangel haben. Unsere Kolleginnen und Kollegen zählen die Überstunden nicht mehr, die Abwesenheiten steigen ins Unermessliche, weil Gesundheitsprobleme überhandnehmen. Eigentlich sollten wir die Berufe im öffentlichen Verkehr mit besseren Arbeitsbedingungen und guten Löhnen attraktiver machen sollten, stattdessen setzt der Bund auf Sparmassnahmen.

Weitere Auskünfte:
Christian Fankhauser, Vizepräsident SEV, 079 742 96 32

Es eist inakzeptabel, dass die Politik nach der Abstimmung vor drei Wochen solche Entscheide fällt. Am 18. Juni stellte das Volk mit dem Ja zum Klimaschutzgesetz die Weichen für die Zukunft. Der Bund ist verpflichtet, alles Mögliche zu unternehmen, um die Schweiz bis 2050 klimaneutral zu machen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist, den Verkehr nachhaltiger zu gestalten. Mit anderen Worten: Der Bund muss mehr in den öffentlichen Verkehr investieren. Mit den letzten Entscheidungen passiert genau das Gegenteil. Der öV droht unattraktiver zu werden. Der Klimaschutz droht zu entgleisen.

Die Lohnverhandlungen im Herbst 2023 werden für uns eine grosse Herausforderung. Eine Nullrunde akzeptieren wir nicht. Dagegen kämpfen wir: Auf der Strasse am 16. September, in den Verhandlungen, die im Herbst beginnen, und wo nötig mit anderen Kampfmassnahmen.

Die Politik – namentlich der Bundesrat - muss sich bewusst sein, dass der soziale Frieden seinen Preis hat.